

Jürgen Trittin

Geisterfahrer - überall

Warum Europa ein Problem mit Deutschland

hat - Vom Ende der Austerität

Sehr geehrter Herr Schmelter,

meine Damen und Herren,

1 Geisterfahrer

Selten hat eine Wahl in einem anderen europäischen Land die Deutschen so beschäftigt wie die Wahl in Griechenland.

Der Bruch der griechischen Wähler mit den Korumpels von *Nea Demokratia* und *PASOK*, also den Parteien, die Europa (und das eigene Volk) schon bei und seit dem Beitritt zum Euro beschummelt und betrogen haben, hatte **kein Aufatmen** zur Folge. Im Gegenteil:

Deutschlands wichtigstes Magazin, DER SPIEGEL, veröffentlichte eine Titelgeschichte über den Wahlsieger *Alexis Tsipras* mit dem Titel „*Der Geisterfahrer*“.

Doch jenseits der groben Rhetorik für die heimliche Bühne bemühte sich die neue griechische Regierung um Realpolitik bei der EZB, bei der Kommission, bei verschiedenen Regierungen.

Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hat, muss sich die Regierung Merkel die Frage gefallen lassen, **wer** denn eigentlich der Geisterfahrer ist. Ob es den Deutschen nicht in Wahrheit so geht, wie jenem Autofahrer, der im Radio hört, auf seiner Straße sei ein Geisterfahrer unterwegs und der den Kopf schüttelt und sagt „*Nicht einer, unzählige. Überall Geisterfahrer*“.

Vielleicht hat ja Europa kein griechisches, sondern ein deutsches Problem?

Eines jedenfalls kann man heute schon feststellen – in der internationalen ökonomischen Diskussion ist es nicht Griechenland, sondern **Deutschland, das sich tragisch isoliert hat.**

Und es sind eben gerade nicht nur die üblichen Verdächtigen – Sozialisten aus Frankreich, Mit-

te-Links Premiers aus Italien oder Gewerkschaften, die der These widersprechen, dass man mit Ausgabenkürzungen alleine aus der Rezession herauskommen kann.

↳ Auf dem **G20-Gipfel** in Brisbane haben sich die Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, das Weltwirtschaftswachstum zu stimulieren und das globale Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Jahren um **2 Billionen Dollar** anzuheben. Deutschland, die größte Volkswirtschaft in der Eurozone, hat erklärt, **ab 2016 12 Milliarden Euro über drei Jahre verteilt** beizusteuern. Das ist ein lächerlicher Beitrag und ein Ausscheren aus den G20.

↳ US-Präsident **Barack Obama** hat deshalb zurecht klare Worte der Kritik an der EU

und besonders an Deutschland gefunden. An die Adresse der Kanzlerin sagte er: „*Sie können Länder, die sich mitten in einer Depression befinden, **nicht immer weiter ausquetschen**. Bei einer Wirtschaft, die sich im freien Fall befindet, braucht es vor allem eine **Wachstumsstrategie**. Nur so kann ein Land seine Schuldenlast reduzieren.*“

Deutlicher geht es kaum. Deutschland hätte es schon lange wissen können. Selbst der *Internationale Währungsfonds*, Bestandteil der in Griechenland viel kritisierten *Troika*, hatte schon im Sommer 2013 festgestellt: „*Die Prognostiker haben auf entscheidende Weise den Anstieg der Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Nachfra-*

ge unterschätzt, der mit der Haushaltskonsolidierung einhergeht."

Deshalb drängte der IWF bereits damals die Regierung in Athen, besonders **das griechische Steuersystem zu reformieren** und den **Arbeitsmarkt zu liberalisieren**.

Exakt diese Punkte finden sich heute in dem Programm der griechischen Regierung, welches Grundlage für die Verlängerung des Programms um vier Monate war.

Natürlich ist dieses Papier noch mehr Richtungsangabe und Grundlage für weitere Verhandlungen. **Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.**

Es ist ein **Gewinn an Realismus** – insbesondere gegenüber den Bruderparteien von CDU/CSU

und SPD in Griechenland, die alles versprochen und nichts umgesetzt haben.

2 Eurozone gegen den Rest der Welt

Mit der Wahl in Griechenland – und möglicherweise der nächsten in Spanien – ist politisch nichts anderes eingeläutet worden **als das Ende der Austerität in der Eurozone.**

Das erklärt die Aufregung in Deutschland. Diese beschränkt sich nicht auf die CDU/CSU. **Hier wird an einem nationalen Konsens gerührt.**

Der lautet:

↳ Die Krisenländer müssen ihre **Wettbewerbsfähigkeit stärken.**

↳ Das geht **nur** über Strukturreformen.

↳ Strukturreform heißt **Kürzung von Staatsausgaben und Rückführung der Staatsquote.**

Das ist **neoliberal** – und es ist erstaunlich, dass Frau Merkel nach dem offenkundigen Scheitern des Neoliberalismus in der Finanzkrise von 2008 immer noch an diesem Kern ihrer wirtschaftspolitischen Überzeugungen festhält. Aber es erklärt nicht, warum dieser Konsens weit über das Lager von CDU/CSU, FDP und AfD hinausgeht, ja einen Konsens in Deutschland bildet.

Vielleicht klärt Sprache den Sachverhalt:

Merkels Antwort auf die Krise heißt **im Deutschen *Sparen***. Das klingt positiv. Bescheiden. Sparpolitik spiegelt das historische Trauma der Deutschen aus der Vernichtung ihrer Vermögen

durch die Inflation in den Zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts.

Im Rest der Welt heißt eine solche Politik **Austerität** – und sie spiegelt das historische Trauma der Depression der Zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts.

Der Ausweg aus der Depression besteht darin, zu investieren. Doch wenn diese Investitionen über Kredite finanziert werden, tun sich die Deutschen schon wieder schwer. Für sie liegen **Schuld** und **Schulden** ganz nah beieinander, während etwa im Englischen **debt** nicht automatisch eine **guilt** begründet.

↳ Präsident Obama hat bei seiner berechtigten Kritik die Fakten auf seiner Seite. Die USA sind besser aus der Finanzkrise her-

ausgekommen als die Eurozone. Die USA haben das **strukturelle Haushaltsdefizit doppelt so schnell** abgebaut wie die Eurozone. Das reale Inlandsprodukt stieg dort gegenüber 2009 um *10 Prozent*; in der Eurozone waren es nur plus **4 Prozent**. Und die Arbeitslosenquote ist in den USA nur halb so hoch wie in der Eurozone. **Das wurde nicht mit Sparen geschafft, sondern mit Investieren.**

↳ Durch Sparpolitik wird nicht gespart. Im Gegenteil: **Die Schulden steigen sogar.** Die Schulden **Griechenlands** betragen heute **175 Prozent** des Bruttoinlandsprodukts. Damit sind sie gegenüber 2009 deutlich gestiegen; damals lagen sie bei **112 Prozent**. Bei **Spanien** waren es 2009

54 Prozent, heute, nach Jahren des Sparens, sind es **99 Prozent**. Bei **Portugal** waren es **84 Prozent**, nun sind es **127 Prozent**.

Mit Ausgabenkürzungen kommt man nicht aus einer Wirtschaftskrise heraus.

3 Diskurs über Ungleichheit

Die Verschuldung von Staaten und Privathaushalten ist aber kein rein finanz- oder wirtschaftspolitisches Problem. Sie ist ein allumfassendes und globales Problem, denn sie erzeugt Ungleichheit.

Die **weltweite Verschuldung** hat in den vergangenen Jahren **massiv zugenommen**. Nach einer Studie des *McKinsey Global Institutes* lagen die

Schulden der Welt im zweiten Quartal 2014 **bei insgesamt 199 Billionen Dollar (145 Billionen Euro)** - das waren **57 Billionen Dollar mehr** als bei Ausbruch der Finanzkrise **2007**. Im Jahr 2000 lag die Summe noch bei 87 Billionen Dollar.¹ Den größten Anstieg der Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zwischen 2007 und 2014 verzeichnet Irland, gefolgt von Singapur, Griechenland und Portugal.

Den Schulden von Individuen und Staaten auf der einen Seite steht ein **überbordendes Vermögen** auf der anderen Seite **gegenüber**. Die weltweite ungleiche Vermögensverteilung wächst weiter. Nach einer Studie von Oxfam

¹http://www.mckinsey.com/insights/economic_studies/debt_and_not_much_deleveraging

wird im Jahr 2016 ein Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent. Deutschland ist inzwischen das Land mit der größten Ungleichheit in der Vermögensverteilung in der Eurozone.

Derartige Ungleichgewichte sind aber mit verursachend für Finanzspekulationsblasen. Und sie führen zu Armut und handfesten politischen und sozialen Krisen.

Ungleichheit ist eine globale Herausforderung, der sich Deutschland und die EU stellen müssen.

Daneben gibt es eine zweite Herausforderung, die gleichermaßen verantwortlich ist für die Entstehung von Krisen bis hin zum Zerfall von Staaten: **der Klimawandel.**

Klimawandel und Ungleichheit zu bekämpfen, ist der Schlüssel zu globalem Frieden und Sicherheit, denn

↳ ein ambitionierter Klimaschutz durch mehr Erneuerbare, Energieeffizienz und Energiesparen **mindert die Rohstoffkonkurrenz** um Öl und Gas. Ein Bremsen der Fleischproduktion mindert die Landnutzung (17 % der CO₂-Emissionen) und die Verschwendung von Wasser. Es **sichert die Welternährung**, wenn nicht ein Drittel allen Getreides im Trog landet.

↳ Lernkurven und Massenproduktion bei Erneuerbare Energien, intelligenten Netzen, Batterietechnologien machen **moderne Technologien auch in armen Regionen bezahlbar** und leisten so einen

Beitrag für Wachstum und Überwindung von Armut.

↳ **Weniger Ungleichheit mindert den Wachstumszwang** gerade in den entwickelten Ländern und mindert auch so die Ressourcenverschwendung.

Die Bekämpfung des Klimawandels und die Minderung der Ungleichheit sind globale Krisenprävention.

Ohne sie wird es keine Befriedung der vorhandenen gewaltsamen Konflikte geben.

In einer solchen Politik liegt die Herausforderung für Deutschland und die EU.

4 Green New Deal

Ungleichheit führt zu Polarisierung bis hin zur Spaltung einer Gesellschaft. Das können wir derzeit an den politischen Zentrifugalkräften in Europa sehen:

Im **Norden** erfreuen sich **Rechtspopulisten** wie UKIP großer Zustimmung, während im **Süden** ein **linker, basisdemokratischer Aufbruch** mit SYRIZA in Griechenland oder PODEMOS in Spanien zu beobachten ist.

Es ist **irreführend**, beide unter Europafeinden zu subsumieren. Auch wenn die Koalition von SYRIZA mit den rechtspopulistischen *Unabhängigen Griechen* (ANEL) das nahe legt. Sie sind sich in der Ablehnung der Sparpolitik einig. Wirtschafts- und sozialpolitisch und in ihrem grund-

sätzlichen Bekenntnis zu Europa unterscheiden sie sich deutlich.

↳ Die **Rechtspopulisten** setzen auf die militante **Verteidigung der Etablierten-Vorrechte** – vor allem durch **Exklusion** der Schwachen. Wirtschaftspolitisch passen sie damit zum Merkel-Kurs.

↳ Parteien wie SYRIZA oder PODEMOS kanalisieren hingegen den Frust über das Kaputtsparen ihres Systems und fordern **mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt** ein. Sie stehen für den **Kampf für ein inklusiveres Europa**.

Um die Wirtschaft in Europa zu stabilisieren und unser gemeinsames Europa stärker und gerechter zu machen, müssen wir **raus aus dem Spar-**

korsett. Wir brauchen einen **Green New Deal für Europa.**

Um aus der Krise endlich herauszukommen, braucht Europa *die drei I*

↳ Investitionen in **Klimaschutz**

↳ Investitionen in **Infrastruktur**

↳ Investitionen in **Bildung**

Gerade in der jetzigen Krise sollte massiv in Technologien der **ökologischen Modernisierung investiert** werden. Damit würden Arbeitsplätze geschaffen, Grundlagen für die Märkte von morgen gelegt und effektiv Klimaschutz betrieben. Wirtschafts- und Klimakrise könnten gleichzeitig bewältigt werden.

Umweltinvestitionen strapazieren nicht etwa die Wirtschaft – **in ihnen liegt die Chance auf wirtschaftliche Erneuerung**. Umgekehrt würde ein Verzicht auf diese Investitionen enorme zukünftige Kosten bedeuten.

Die Weltwirtschaft bedarf der **Regulierung** – und Bestandteil von Regulierung sind Handelsregeln, Abbau von (Agrar-) Subventionen, Regeln für Finanzmärkte und gegen die Praktiken von Steuerflucht und Steuervermeidung, aber auch soziale und ökologische Standards.

Die Stabilisierung der Finanzmärkte und die Schaffung von Arbeitsplätzen kann nur gelingen im Einklang mit dem **Umbau und der Decarbonisierung unserer Wirtschaft**, dem Schutz der Ökosysteme und der Wasserressourcen und dem Kampf gegen die globale Armut.

Ein Grüner New Deal kann nicht als Projekt der Industrieländer, sondern nur als globales Projekt verstanden und umgesetzt werden.

Diese notwendigen Investitionen müssen nicht kreditfinanziert sein. Dennoch sollte man das nicht überdramatisieren, wenn Deutschland sich für null Prozent Geld leihen kann und dafür seine Infrastruktur in Stand hält. Dann betreibt es Vermögenserhalt, der später von kommenden Generationen sehr viel teurer bezahlt werden müsste.

Im Kern geht es aber um zusätzliche Investitionen, nicht um Erhalt.

Dafür ist genug Geld da. Wir können gerade jetzt anfangen, **Subventionen abzubauen und daraus Investitionen zu finanzieren.**

- ↳ 2013 haben **die weltweit 1200 größten Unternehmen** eine **Rekorddividende** von **mehr als eine Billion Dollar ausgeschüttet**, davon deutsche Unternehmen **35 Mrd. Euro** – Dieses Geld wurde nicht reinvestiert.

- ↳ Die **Investitionsquote** ist dramatisch gesunken. In den 1990er Jahren wurden **40 Prozent** der Überschüsse reinvestiert. Seit einem Jahrzehnt liegen wir nun **unter zehn Prozent**. Statt zu investieren, wird mit den Profiten an den Finanzmärkten spekuliert. Wir müssen Anreize entwickeln, mit denen sich nicht nur das öffentliche, sondern gerade das private Investitionsdefizit überwinden lässt.

- ↳ Warum schaffen wir die **Abgeltungssteuer** nicht endlich ab und besteuern **Kapitalgewinne** weiterhin nur mit 25 %?
- ↳ Warum wird die **notwendige Finanztransaktionssteuer** immer noch von der Bundesregierung in Brüssel verschleppt? Es glaubt kein Mensch, dass Herr Schäuble und Frau Merkel in Europa zwar europaweite Schuldenbremsen durchsetzen konnten, aber an der Einführung einer Finanztransaktionsteuer scheitern. Es ist eine Frage des politischen Willens.
- ↳ Darüber hinaus brauchen wir eine **gerechte Besteuerung hoher Vermögen**. Diese Erträge können dazu genutzt werden, dass Staaten ihre Schulden im Rahmen eines **Altschuldentilgungsfonds** verbindlich

abbauen – bei geringerem Zinsdruck und sinkenden Zinskosten.

↳ In Zeiten extrem **niedriger Ölpreise** müssen wir auch endlich **Subventionen auf fossile Energien** abbauen – wie die asiatischen Länder das tun. Wir aber halten am **Dienstwagenprivileg** und am **Mineralölsteuerprivileg für die Chemieindustrie** fest. Absurd!

↳ Wir brauchen dringend mehr Investitionen in **Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung**. Dazu gehören Kaufanreize für Elektro-Mobile ebenso wie der Ausbau der energetischen Gebäudesanierung und erneuerbarer Energien in Griechenland, Spanien und Portugal.

All dies würde Europa nicht nur nachhaltiger und gerechter machen, sondern schafft auch mehr politische Souveränität.

5 Fazit

Will Europa von **einer Bremse für die Weltwirtschaft zu ihrem Treiber** werden, müssen neben notwendige Strukturreformen **nachhaltige Investitionen in Klimaschutz, Infrastruktur und Bildung** treten.

Dafür müssen wir die Politik der Austerität beenden.

Deshalb brauchen wir einen **Green New Deal** für Europa.

Die Botschaft Europas ist die des Friedens und der Demokratie. Ihre materielle Grundlage ist die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gemeinsam geschaffenen Wohlstand.

Dies gilt es, wieder herzustellen.

Vielen Dank.